

Zürich will «dunkle Landschaften» fördern. In der Bevölkerung hält sich das Verständnis dafür in Grenzen. Spätestens, wenn es die Weihnachtsbeleuchtung betrifft

Die Kantonsregierung will auf einer Karte Gebiete einzeichnen, die vor nächtlicher Lichtverschmutzung geschützt werden sollen.

Marius Huber

05.11.2025, 05.00 Uhr ☉ 4 min



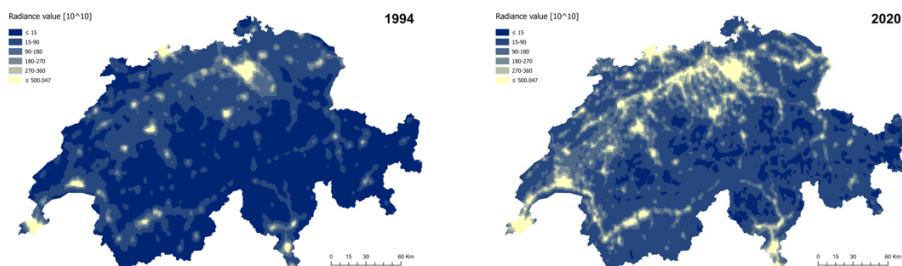
Der Nachthimmel über der Stadt Zürich ist besonders hell.

Gaëtan Bally/ Keystone

Poesie und Raumplanung sind zwei Wörter, die eigentlich nie im gleichen Satz zusammenfinden. Aber das neueste Ziel der Zürcher Regierung hat Qualitäten, die an Baudelaire's «Blumen des Bösen» denken lassen: Sie will sich der «Förderung dunkler Landschaften» im Kanton Zürich widmen.

Dabei geht es natürlich nicht um romantische Empfindungen, sondern um Umweltschutz. Es geht um die Erfüllung eines Auftrags, den die «Klima-Allianz» im Parlamenteinst mit hauchdünner Mehrheit erteilt hat.

Auslöser waren Satellitenbilder, die zeigen, wie sehr sich die Nächte hierzulande in den ersten 25 Jahren dieses Jahrhunderts verändert haben: Sie sind vielerorts zum Tag geworden.



Diese Darstellung des Bundesamtes für Umwelt zeigt, wie die Lichtemissionen auf Satellitenbildern zugenommen haben. Die Auflösung ist 2020 aufgrund modernerer Technik besser.

Laut dem Bundesamt für Umwelt (Bafu) hat sich die Intensität der Lichtemissionen mehr als verdoppelt, obwohl geltende Vorschriften und Empfehlungen das Gegenteil bewirken sollten. Treiber dieser Entwicklung ist nicht nur das Bevölkerungswachstum, sondern auch die Verfügbarkeit immer stärkerer Beleuchtungen zu sinkenden Kosten.

Im Schweizer Mittelland war laut dem Bafu schon 1996 kein einziger Quadratkilometer mehr auffindbar, wo nachts noch Dunkelheit herrschte. Im Kanton Zürich gibt es nur noch ein paar Flecken in Randgebieten wie den bewaldeten Hügeln des Tösstals. Dies zeigt eine kantonale Emissionskarte.

Fachleute zählen über viele Seiten negative Folgen für die Natur auf. Das geht von Zugvögeln, die wegen der Lichtkuppeln über den Städten orientierungslos im Kreis fliegen und vor Erschöpfung sterben, bis zu Fröschen, deren Paarungsrufe verstummen – mit den entsprechenden Implikationen für das Paarungsvorhaben. Der Lebensraum nachtaktiver Tiere schrumpft.

Auch für Menschen hat die Aufhellung des Himmels laut der Zürcher Regierung Auswirkungen. Erwiesen seien etwa Schlafstörungen oder Herzschlagveränderungen.

In der Bevölkerung gehen die Meinungen allerdings auseinander, wie dramatisch dies ist. Gemäss einer repräsentativen Umfrage des Kantons sehen vor allem ältere Zürcherinnen und Zürcher und solche, die auf dem Land leben, darin ein Problem. Während jene über vierzig Jahren mehrheitlich von den negativen Folgen für Mensch und Tier überzeugt sind, sind es bei den unter 39-Jährigen deutlich weniger. Umgekehrt glauben mehr Junge, dass die «Lichtverschmutzung» – also die dauernde Abwesenheit nächtlicher Dunkelheit – der Sicherheit diene.

Der Generationen- und der Stadt-Land-Grabenerklären aber nicht alles: Wenn es etwa um Gegenmassnahmen geht, zögern auch einige der Älteren. Zum Vorschlag, eine dezente Aussenbeleuchtung zu verwenden, auch an Weihnachten, sagt ein Viertel aller Senioren: «Kommt nicht infrage.»

Manche Gemeinden sind längst tätig geworden. Nicht nur die Stadt Zürich, die ihre Aussenbeleuchtung aufs Nötigste reduzieren will und zum Beispiel am Seeufer die Helligkeit herunterschraubt. Auch Thalwil hat einen Masterplan. Unter anderem sollen dort private Beleuchtungen mit Bewegungsmeldern versehen werden und nicht zum Himmel gerichtet sein. Weihnachtsbeleuchtungen müssen nach ein Uhr ausgeschaltet werden.

Verlangt werden «grosse Räume, die nicht beleuchtet sind»

Bei den «dunklen Landschaften», die die Kantonsregierung künftig fördern will, geht es aber nicht primär ums Siedlungsgebiet, sondern um unbebaute Gegenden. Die SP-Kantonsrätin Theres Agosti Monn aus dem ländlichen Turbenthal, die diese Neuerung angestossen hatte, begründete sie so: «Es braucht eine bewusste Ausscheidung von grossen Räumen, die nicht beleuchtet sind, denn viele Lebewesen sind in der Nacht auf Dunkelheit angewiesen.»

Zu diesem Zweck hat die Regierung nun zwei Massnahmen präsentiert – wovon sie eine gleich selbst zur Ablehnung empfiehlt. Es handelt sich dabei um eine Änderung des Planungs- und Baugesetzes. Diese würde es den Gemeinden neu erlauben, «lichtempfindliche Gebiete» zu definieren und Regeln zu erlassen, um diese zu schützen.



Mehr Licht auf der Strasse, weniger in der Umgebung: Solche LED-Strassenlampen, die nur nach unten leuchten, sollen die Lichtverschmutzung erheblich reduzieren.

Arno Balzarini / Keystone

Diese Regeln würden wiederum das Siedlungsgebiet betreffen, denn von da kommt das unerwünschte Licht in der Regel. Die Gemeinden könnten zum Beispiel in bestimmten Bauzonen Lampen mit Bewegungsmeldern vorschreiben, wie in Thalwil, oder solche mit Abschirmungen.

Die Regierung hält offensichtlich nichts von solchen zusätzlichen Regulierungen. Die Gemeinden seien aufgrund des eidgenössischen Umweltschutzgesetzes heute schon angehalten, Lichtemissionen zu beschränken.

Offener zeigt sich die Kantonsregierung für die zweite Massnahme: Die Bewahrung und die Förderung dunkler Landschaften sollen als Ziel in den überarbeiteten Richtplan aufgenommen werden, mit dem sich das Parlament nun befassen muss. Das wäre dann ein behördenverbindlicher Auftrag.

In einem ersten Schritt soll der Kanton jene Landschaften ausfindig machen und auf einer Karte eintragen, die heute noch dunkel oder besonders lichtempfindlich sind. Dann soll er die Gemeinden bei der Umsetzung von Schutzmassnahmen unterstützen.

Dass auch dies alles andere als unumstritten ist, zeigt sich an der

grossen Zahl der Einwendungen von Gemeinden, Parteien und Verbänden, die während der öffentlichen Auflage der Richtplanrevision eingegangen sind. In den Antworten kommt dann allerdings auch die Handschrift des zuständigen grünen Baudirektors Martin Neukom zum Ausdruck.

Denn während die Gesamtregierung ursprünglich noch gegen neue Regeln argumentiert, mit Verweis auf die bestehenden, klingt es im Bericht zu den Einwendungen anders. Wiederholt wird dort die Position der «Klima-Allianz» im Parlament übernommen: Die Lichtemissionen im Kanton hätten trotz den geltenden Regeln zugenommen.

Mit diesem Argument wird zum Beispiel der Vorschlag verworfen, lichtempfindliche Gebiete lediglich ausserhalb der Siedlungen festzulegen. Oder die Sorge, die bauliche und die wirtschaftliche Entwicklung könnten sonst gehemmt werden.

Ob es bei der Debatte im Parlament dabei bleibt, ist alles andere als sicher. Denn dort sind die Mehrheiten bekanntlich wacklig. Und der Auftrag an die Regierung wurde Anfang 2022 nur mit 84 zu 83 Stimmen erteilt.